



## Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom 17. Mai 2018  
eingebracht von **Nikolaus Swatek**

Betrifft: Veröffentlichungspflicht für von Steuergeldern finanzierte Studien & Gutachten

### **Schluss mit Geheimgutachten & -studien!**

Die Stadt Graz lässt eine Vielzahl von Studien, Gutachten und anderen Dokumente, die vom Steuerzahler finanziert werden, von externen Experten erstellen. Diesen Experten ist es oftmals möglich, einen anderen Blickpunkt auf Problemstellungen herauszuarbeiten und wissenschaftliches Know-How einzubringen, das im Haus Graz andernfalls nicht verfügbar wäre. Die dabei erstellten Dokumente bilden die Grundlage vieler Arbeits- und Meinungsbildungsvorgänge im Magistrat und den Regierungsparteien.

Um als Bürgerin und Bürger unserer Stadt Entscheidungen nachvollziehen zu können, ist es jedoch unumgänglich zu erfahren, auf welcher Grundlage Entscheidungen getroffen wurden. Im Haus Graz ist es jedoch Gang und Gäbe von Experten erstellte Gutachten und Studien der Öffentlichkeit, aber auch den Mitgliedern des Gemeinderates vorzuenthalten.

In den letzten Monaten führte besonders das vom Salzburger Universitätsprofessor Thomas Müller erstellte Gutachten rund um die Notreparatur des Landes bei der SC Seiersberg zum öffentlichen Aufschrei. Dieses von der Stadt Graz in Auftrag gegebene Gutachten listet scheinbar eine ganze Reihe von neuen, gewichtigen Punkten auf, die das Einkaufszentrum in Bedrängnis bringen könnten. Seit 9. Jänner liegt dieses Dokument bereits ungenutzt in den Schubladen der Stadt. Obwohl seitens des Bürgermeister Nagl eine neue Beschwerde bei der Volksanwaltschaft geplant war, zog dieser diesen Antrag im Stadtsenat zurück und verweist seitdem, auf die Klärung von offenen Rechtsfragen. Der Inhalt dieses Gutachtens wäre aber besonders für Wirtschaftstreibende der Innenstadt höchst interessant und könnte auch einen wesentlichen Einfluss auf die Zukunft der Gewerbetreibenden der Innenstadt haben.

Als weiteres Beispiel für unveröffentlichte Studien kann noch die rund um den Straßenbahnausbau oft zitierte Hüsler Studie aufgelistet werden. Diese von der Stadt Graz in Auftrag gegebene Studie rund um die Nutzen/Kosten Analyse des Straßenbahnausbaus in Graz, bildete eine wichtige Grundlage der Prioritätenliste des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs der letzten Jahre. Einen genauen Einblick in diese Studie bleibt Bürgerinnen und Bürgern, sowie politischen Entscheidungsträgern jedoch vorbehalten.

Von der Stadt Graz in Auftrag gegebenen Gutachten, Studien und weitere Dokumenten wurden durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler finanziert. Grazerinnen und Grazer haben daher ein Recht darauf, auf das durch externe Experten gewonnene Wissen zuzugreifen, um somit Arbeits- und Meinungsbildungsvorgänge in unserer Stadt nachvollziehen zu können.

Im Sinne einer transparenten Stadt, die ihre Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse miteinbezieht und Einblick gewährt, stelle ich daher gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

#### **dringlichen Antrag,**

1. dass sich der Gemeinderat der Stadt Graz dazu bekennt, Grundlagen, wie Gutachten, Studien und weitere Dokumente auf denen Entscheidungen beruhen, den Grazerinnen und Grazern zur Verfügung zu stellen.
2. dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, zu prüfen, wie eine verpflichtende Veröffentlichung von von Steuergeld finanzierten Gutachten, Studien und weiteren Dokumenten, auf denen Arbeits- und Meinungsbildungsvorgänge im Magistrat und bei politischen Entscheidungsträgern entstehen, unter Berücksichtigung rechtlicher Ausnahmen (z.b. Schutz personenbezogener Daten, öffentliche Sicherheit, Betriebsgeheimnisse etc), aussehen kann.

Dem Gemeinderat ist bis zu seiner Sitzung im November Bericht zu erstatten.